

Dieter Thiel
Keltenweg 16
65604 Elz

Elz, den 04.02.2021

Herrn
Jürgen Wilhelm
CDU-Gemeindeverband Elz
Postfach 129
65604 Elz

Sehr geehrter Herr Wilhelm,

vielen Dank für Ihren Brief vom 29.01.2021, mit dem Sie mich auf die Möglichkeit hinweisen, mit meiner Stimme Einfluss auf die neue Gemeindevertretung nehmen zu können.

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, mache ich sogar noch mehr und habe mich für eine neue politische Gruppierung - Bürger für Elz – Bürgerliste, aufstellen lassen, deren erklärtes Ziel es u.a. ist, die jahrzehntelange absolute Mehrheit der CDU zu brechen.

Einer Partei, die

- sich auf ein unkalkulierbares Risiko mit der sogenannten „Neuen Mitte Elz“ einlässt und sich dabei auch noch auf Parallelen vor 40 Jahren beruft, nur das damals erst geplant und dann gekauft wurde und nicht wie heute, erst gekauft und dann geplant
- eine Million Euro für drei Parkplätze mehr zahlt
- sich taub stellt gegenüber den berechtigten Problemen seiner Bürger z.B. wegen der unsozialen Straßenausbaubeiträge
- immer nur ein „weiter so“ lebt und keine Veränderungen zulässt, zumindest wenn sie von anderen kommen
- diese Veränderungen aber dann gerne in leicht veränderter Form später selbst vorbringt und dann als großen Erfolg verkauft
- ihr Herz auf einmal für Malmeneich entdeckt, obwohl Malmeneich seit 1971 bereits zu Elz gehört. Oder war das bisher nicht bekannt??

Aber auch einer Partei, die bei politischem Gegenwind sofort zu unlauteren Mittel greift:

- Plakatierungen im Ort an den günstigsten Stellen vor dem genehmigten Zeitraum vornimmt, damit andere keinen Platz mehr für ihre Plakate haben
- keine Presseartikel im „Blickpunkt“ zulässt, aber groß darin über die eigene 75-Jahr-Feier berichtet
- Anderen untersagt, das Elzer Wappen zu nutzen, es aber selbst seit langem tut.

Und einer Partei, die sich im Ton vergreift!

Sowohl in Ihrem Brief als auch auf Plakaten (dass eine aus unerklärlichen Gründen direkt vor meinem Haus, dazu noch vor dem offiziellen Startertermin zur Plakatierung angebracht) werden u.a. die Gegner der Straßenausbaubeiträge als nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht diffamiert.

Schon Ihr Parteikollege Herrmann Zeus hat so in einem Leserbrief argumentiert. Ihm hat wohl auch nicht die Begründung gereicht, weshalb nun viele Elzer Bürgerinnen und Bürger eine andere

politische Konstellation wollen und sich nun politisch engagieren. Bei vielen war es halt der Umgang des Bürgermeisters und der CDU mit den Straßenausbaubeiträgen. Was war es bei Hermann Zeus? Der ist auch nicht als CDU-Mitglied geboren worden! Ihr Parteikollege Matthias Schmidt brauchte ein Sprungbrett im Schwimmbad, um anschließend politisch aktiv zu sein. Was war es bei Ihnen? Vielleicht die Überlegung, dass sich die Mitgliedschaft in der herrschenden Partei in Elz positiv auf Ihre Unternehmensentwicklung auswirkt? Ich weiß es nicht und hätte deshalb auch Skrupel, in dieser Richtung etwas zu behaupten.

Skrupel, die Sie und ihre Partei aber anscheinend nicht haben.

Aber wenn Sie schon bei ihrer Meinung bleiben, dass wir nur die Interessen Einzelner vertreten: Wir fühlen uns da nicht allein:

- Neun Bundesländer erheben überhaupt keine Straßenausbaubeiträge.
- Nach Auskunft der Hessischen Landesregierung erhoben im Sommer 2020 (Stand: 30.08.2020) 154 Gemeinden keine Straßenausbaubeiträge mehr, 46 Gemeinden erhoben wiederkehrende Beiträge (zwei weitere planten ihre Einführung), und nur noch 208 erhoben einmalige Beiträge, davon 19 in abgesenkter Form durch einen erhöhten Gemeindeanteil.

Also, überall ist Bewegung drin. Nur nicht in Elz. Da bleibt alles beim Alten!

Sie werden es ahnen - ihr Brief hat mich nicht zu einem Umdenken bewegt.

Lediglich dazu, mich noch stärker für eine politische Veränderung in Elz einzusetzen und

- sofort der Weitergabe meiner Daten an Parteien zu widersprechen, damit ich in Zukunft von Mitteilungen mit solchem Inhalt verschont werde.

Noch eines zum Schluss: Nach Rückfragen in der Bevölkerung habe ich festgestellt, dass nur ganz unterschiedliche Personen Ihren Brief bekommen haben. Wie haben Sie die ausgewählt? Auf Grund der Angabe der kompletten Vornamen nehme ich an, dass Sie die Daten aus dem Einwohnermeldeamt haben. Nach meinen Informationen dürfen Parteien die Daten aller Wahlberechtigten bei den Einwohnermeldeämtern nur gesammelt nach Altersgruppen erfragen. Sie können also zum Beispiel alle Namen und Adressen von Personen im Alter von 18-22 Jahren in einer Stadt oder alle Personen über 65 Jahren in einer Gemeinde anfordern. Eine Abfrage nach Herkunft, Religion oder politischer Unkorrektheit ist nicht möglich. Das würde mich doch mal interessieren. Auch, wie sicher gestellt ist, dass die Daten spätestens einen Monat nach der Wahl gelöscht werden. Wenn Sie mir hierzu eine befriedigende Antwort zukommen lassen könnten, wäre ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

